WIRTSCHAFT | 11 IUNGE FREIHEIT Nr. 3/25 | 10. Januar 2025

Es droht viel Verschwendung

Etat der Bundeswehr: Mehr Verteidigungsfähigkeit notwendig / Effizienzsteigerung sollte Vorrang vor Budgeterhöhung haben

DIRK MEYER

ie Sicherheitslage hat sich gewandelt – für Deutschland und die EU. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, Formen der hybriden Kriegsführung (Cyberangriffe, Anschläge auf die kritische Infrastruktur, Falschnachrichten), die in Frage gestellte Glaubwürdigkeit der Sicherheitsgarantien der Schutzmacht USA, eine latent schwelende Taiwan-Frage und handelspolitische Konflikte der EU mit China und den USA werden als Bedrohung wahrgenommen, auf die es zu reagieren gilt.

Der Frieden ist für uns "als mittendrin" fragil geworden oder wie es das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri in seinem Bericht 2022 formuliert: Es geht um "Sicherheit in einer neuen Ära des Risikos". Im Bündnisfall (Art. 5 Nato-Vertrag) würde die Bundesrepublik aufgrund der zentralen Lage in besonderer Weise in die Aufmarschwege nach Osten eingebunden sein und dürfte somit auch direkt ins Fadenkreuz rücken. Infolge der "Bündnisklausel" (Art. 80a Abs. 3 Satz 1 GG) würden die Sicherstellungsgesetze greifen, um die Versorgung der Zivilbevölkerung und der eigenen, wie auch der verbündeten Streitkräfte mit Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Auch dieses Szenario bedarf der besonderen Vorbereitung.

Friedensdividende von jährlich über 30 Milliarden Euro möglich

In der politischen Zeitenwende-Diskussion dominiert die Folgekette von "mehr Geld – mehr Soldaten und Waffen – mehr Sicherheit". Doch an dieser Logik sind aus zwei Gründen Zweifel angebracht. Zum einen folgt aus einer reaktiven Aufrüstung des Westens nur scheinbar mehr Sicherheit. Vielmehr droht ein Sicherheitsdilemma, infolge dessen ein beidseitiger Rüstungswettlauf in Gang käme. Der kalte Krieg ist ein mahnendes Beispiel. Friedensverhandlungen im Rußland-Ukraine-Konflikt erscheinen dringlicher denn je. Zudem können nur neue Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung eine drohende Rüstungsspirale aufhalten: Verteidigungsfähigkeit auf beiderseits niedrigerem Niveau, Verzicht auf Kriegstüchtigkeit, stattdessen Friedensorientierung. Allein für Deutschland würde eine Friedensdividende von jährlich über 30 Milliarden Euro realisierbar.

Zum anderen sollte vor einer massiven Budgeterhöhung zunächst die Frage stehen, ob man das bisherige Geld nicht effizienter nutzen kann, also mit den vorhandenen finanziellen Mitteln mehr Verteidigungsfähigkeit erzielen kann. Ein Zwei-

oder gar Drei-Prozent-Ziel für Verteidigung ist eine reine Inputorientierung, der ein hohes Verschwendungspotential innewohnt, wenn die derzeit ineffizienten Strukturen der Streitkräfte beibehalten werden. Was wären also konkrete Maßnahmen, um die Wirksamkeit zu steigern?

Die Vergabeverfahren sind hoch bürokratisch, langwierig und infolge der komplexen Vorgaben teils rechtlich anfechtbar. Die Neubewaffnung der Bundeswehr mit 120.000 Sturmgewehren vom Typ HK 416 startete 2017 mit der Ausschreibung, die erst 2022 nach Gerichtsurteil rechtssicher mit der Vergabe an Heckler & Koch abgeschlossen werden konnte. Die ersten Auslieferungen sind jetzt für 2025 geplant – über acht Jahre für eine technisch relativ einfache Indienststellung. Gerade bei größeren Waffensystemen verzögern und verteuern "Goldrandlösungen" mit Sonderwünschen der militärischen Führung die Beschaffung. Hier gilt es, Universallösungen den Vorrang zu geben, die zudem einfachere Handhabung, weniger Ausfälle und schnellere Ersatzteillieferungen/Reparaturen versprechen. Der Transporthubschrauber NH90 und die Fregatten der Klasse F125 zeigen, wie es nicht gehen sollte.

Sodann stehen bei nationalen Rüstungsprogrammen Prestige, nationale Industriepolitik, regionale Strukturentwicklung und Arbeitsplatzerhalt häufig im Vordergrund. Eine europaweite Kooperation wie im militärischen Flugzeugbau (Tornado, Eurofighter, Transportflugzeug Airbus A400m) stellt eine Ausnahme dar. Bei Landfahrzeugen (Panzer) und im Marineschiffbau gibt es sie bislang nicht. Transnationale Rüstungsprojekte würden die Einmalkosten von Forschung und Entwicklung auf eine hohe Stückzahl verteilen. Eine gemeinsame europäische Rüstungsbeschaffung würde zudem sinkende Stückkosten pro hergestelltem Produkt aufgrund von Größeneffekten realisieren.

Gleichzeitig würde die Ausbildung, die Munitionierung und Wartung universeller und damit einfacher. So haben die USA bei Heer, Luftwaffe und Marine nur 51 große Waffensysteme; in Europa sind es 254. Selbst die Kommunikationstechnik ist derzeit Nato-weit nicht überall kompatibel, was die Koordination im Feld stark behindert. Eine Integration der europäischen Rüstungsmärkte würde den Wettbewerb fördern und die privilegierte Stellung nationaler Produzenten von Verteidigungsgütern in den nationalen Beschaffungsämtern beseitigen.

Insofern wäre auch über ein europäisches Beschaffungsamt nachzudenken. Schließlich könnte auch ein Fremdbezug aus Ländern wie den USA vorteilhaft sein – aus Gründen günstiger Preise, Technik oder Schnelligkeit der Indienststellung. Das Gesamtpaket der 35 F-35, das die Jets inklusive der Bewaffnung, Ersatzteile und Wartungsleistungen für fünf Jahre einschließt, soll 2026 mit der



Geschoßhülsen auf Truppenübungsplatz Munster: Zu bürokratische Vergabeverfahren

Ausbildung der Piloten starten. Als ein Schritt in die richtige Richtung ist auch der neu eingerichtete EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt zu werten, mit dem die Verteidigungszusammenarbeit gefördert werden soll.

In der Militärtechnik fällt Deutschland zurück

Der Ukraine-Krieg offenbart einen Strukturwandel in der Kriegstechnik, der das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Waffen erheblich verändert hat. So kosten die von der Ukraine gegen Infanteriestellungen bis hin zu gepanzerten Fahrzeugen eingesetzten FPV- oder Racing-Drohnen nur etwa 1.000 bis 2.000 Euro und damit einen Bruchteil der angerichteten Schäden an Systemen wie Panzern oder gar Kriegsschiffen und deren Besatzungen. Parallel hierzu werden Satellitenkonstellationen wie Starlink, KI-gestützte Systeme sowie kleine und wendige Waffensysteme immer wichtiger.

Im Ergebnis handelt es sich um "soldatensparenden" technischen Fortschritt, bei dem die Bundeswehr erheblichen Aufholbedarf hat. Indirekt würden die Streitkräfte damit der allgemeinen Personalknappheit Rechnung tragen. Das angedachte Reservistenkonzept, das zivile Fachkräfte kurzfristig im Krisenfall für den Einsatz verfügbar hält, der Einsatz der Offiziere nach ihrem Studium entsprechend ihren Fachkompetenzen und eine familienfreundlichere Einsatzplanung könnten weitere Potentiale kostengünstig heben.

Prof. Dr. Dirk Mever lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Er ist Mitinitiator der Hamburger Friedensinitiative:

► hamburger-friedensinitiative.de

"Das Beamtensystem ist langfristig unfinanzierbar"

BOCHUM. Der Ökonom Martin Werding hält das Beamtensystem und die Pensionen langfristig für unfinanzierbar. Auch im Krankheitsfall sollte darüber nachgedacht werden, "die gleichen Regelungen einzuführen wie bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten", erklärte der Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität im Handelsblatt. Dies könnte für die Behörden vorteilhaft sein: "Ich erlebe oft, daß keine Vertretungsstellen ausgeschrieben werden können, wenn Beamte langfristig erkranken, weil weiter die vollen Bezüge der erkrankten Person anfallen." Aber "der stärkste Hebel, um die Versorgungsausgaben langfristig einzudämmen, ist eine strengere Verbeamtungspolitik", so der auf Vorschlag der Arbeitgeber berufene "Wirtschaftsweise". Es sollten nur noch Berufsgruppen verbeamtet werden, wo staatliche Zwangsgewalt ausgeübt wird, "also bei der Polizei, in der Justiz, in der Finanzverwaltung. Menschen Steuern aufzuerlegen, Straftäter festzunehmen – das sind Kernaufgaben des Staates", meinte Werding. "Bei Lehrkräften und auch Hochschullehrern – wie mir selbst – sehe ich eigentlich keine hoheitlichen Aufgaben." Und bei IT-Berufen sei der öffentliche Sektor nicht attraktiv: "Es wäre klüger, man würde kurzfristig mehr Geld ausgeben und die besten Leute zu konkurrenzfähigen Gehältern einstellen." (fis) ▶ sowi.ruhr-uni-bochum.de/oekonomik

Lufthansa und Swiss von US-Ministerium bestraft

WASHINGTON. Das US-Verkehrsministerium (DOT) hat am 30. Dezember gegen die Lufthansa und ihre Schweizer Tochter Swiss International Air Line eine Geldstrafe von 220.000 bzw. 200.000 Dollar verhängt. Die beiden europäischen Fluggesellschaften waren mit eigenen Maschinen, aber zusätzlich mit der Codeshare-Kennung der Star-Alliance-Partnerin United Airlines in Regionen geflogen, in denen ein Flugverbot der US-Luftfahrtbehörde FAA für amerikanische Betreiber in Kraft war. Eine Untersuchung des Amts für Verbraucherschutz in der Luftfahrt (OACP) des DOT hatte gezeigt, daß Lufthansa und Swiss zwischen März 2022 und April 2024 mehrere Überflüge des irakischen Luftraums unterhalb der Flugfläche 320 (9.750 Meter) durchführt hatten. Angesichts der dortigen vom Iran geförderten Milizen habe das Risiko "eines versehentlichen Abschusses" aufgrund einer Fehlidentifizierung bestanden. (fis) ▶ www.transportation.gov/newsroom

Amerikaner retten Dornier

Flugzeugbau: Zwei neue Modelle sollen "Made in Germany" werden

FABIAN SCHMIDT-AHMAD

m bayerischen Oberpfaffenhofen, einst Sitz der Dornier-Werke und heute Forschungszentrum, entstehen derzeit zwei neue Flugzeugmodelle: die Do 228 NXT und die D328eco. Beide beruhen auf jahrzehntealten Dornier-Entwicklungen und anders als bei dem im Dezember knapp an der Pleite verbeigerutschten elektrischen "Flugtaxi"-Projekt Lilium Jet, der gleichfalls in Oberpfaffenhofen entwickelt wird, sind die Erfolgsaussichten realistisch.

Ursprünglich als Zubringerflugzeug für bis zu 15 Passagiere gedacht, erlangte die Do 228 bald nach ihrem Erstflug 1981 einen Ruf als Arbeitspferd: Ob als Zubringer in Norwegen, als Militärtransporter in Nigeria oder als deutsches Forschungsflugzeug in den Polargegenden - mit allen Wetterlagen kommt die Turboprop-Maschine klar. Hinzu kommen noch eine geringe Wartungsanfälligkeit und gute Kurzstartfähigkeiten auch auf unbefestigten Startbahnen. Im Himalaya-Gebiet ist die Do 228 noch immer eines der häufigsten Modelle. Bis heute wird sie in Lizenz von Hindustan Aeronautics vorzugsweise für das indische Militär gefertigt.

Zweiter Frühling für die deutsche Flugzeugproduktion neben Airbus

Dornier stellte die Produktion 1998 ein, um sich ganz auf die Produktion der Do 328 zu konzentrieren. Oberhalb der Do 228 angesiedelt, sollte eine Neukonstruktion, die ihren Erstflug 1991 absolvierte, bis zu 33 Passagiere transportieren. Das ehrgeizige Projekt – Dornier gehörte inzwischen dem Daimler-Konzern – wartete mit technischen Neuerungen auf, wie Multifunktionsbildschirmen ("Glascockpits") und optional erhältlichen Head-Up-Displays. Doch bereits 1996 verkaufte Daimler Dornier an den US-Flugzeughersteller Fairchild.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der folgenden Luftfahrtkrise mußte Fairchild-Dornier 2002 Insolvenz anmelden. Die Schweizer Firma Ruag sicherte sich aus der Konkursmasse die Do-228-Lizenz und entwickelte in den folgenden Jahren gemeinsam mit Hindustan Aeronautics die modernisierte Do 228 NG. Die Produktion der

technisch anspruchsvolleren Do 328 lief dagegen 2005 aus. 2020 verkaufte die Berner Ruag ihre Do-228-Rechte an den US-Rüstungskonzern General Atomics, bekannt für seine Predator-Drohnen. Dieser will jetzt eine überarbeitete Version herausbringen. Ab Mitte dieses Jahres sollen jährlich fünf Exemplare der Do 228 NXT in einer modernisierten Produktionsstraße in Oberpfaffenhofen entstehen. Unter anderem sollen ein leiser Fünfblatt-Propeller, ein digitaler Autopilot sowie ein nochmals renoviertes Cockpit weltweit Kunden locken.

Noch ehrgeiziger sind die Pläne der Deutschen Aircraft. Auch hier stehen Amerikaner im Hintergrund. 2015 übernahm die Sierra Nevada Corporation, ein Zulieferer für Militär und Zivilluftfahrt in den USA, die 328 Support Service GmbH, die die Musterzulassung der 328 hält und diese am Standort Oberpfaffenhofen wartet. 2019 gab die mittlerweile in Deutsche Aircraft umbenannte Tochtergesellschaft bekannt, eine Neuentwicklung auf Basis der Do 328 anzustreben. Anders als die Do 228 NXT, deren Vorgänger schrittweise modernisiert wurden, bedeutet die D328eco einen technischen Sprung. Die neuen Motoren sollen 40 Prozent weniger Kerosin verbrauchen als die Konkurrenz.

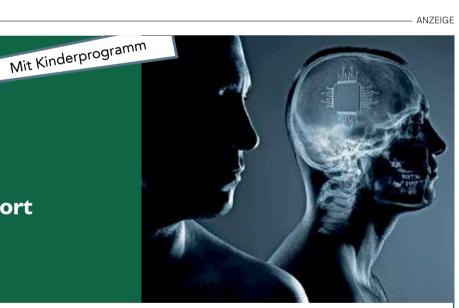
Der verlängerte Rumpf bietet Platz für bis zu 43 Passagiere. Wartungsarme Technik sowie ein neues Fahrwerk, das auch von unbefestigten Pisten aus starten kann, erschließt einen Kundenkreis, der sonst auf kleinere Flugzeuge wie die Do 228 ausweichen müßte. Der Prototyp des neuen Fliegers "Made in Germany" wird derzeit in Oberpfaffenhofen zusammengesetzt und erprobt. Der Erstflug könnte noch in diesem Jahr stattfinden. Die eigentliche Produktion erfolgt dann aber ab 2027 in einem eigens errichteten Werk am Leipziger Flughafen, das als eines der modernsten seiner Art gilt. Vielleicht klappt es ja mit dem zweiten Frühling für einen Flugzeugtyp, der seiner Zeit voraus war.

Wer übrigens derzeit die größte Flotte an Do 328 hält, ist die US-Luftwaffe, die den deutschen Flieger aufgrund seiner Eigenschaften für Spezialoperationen schätzt. Da ist es praktisch, mit der Sierra Nevada Corporation bereits einen langjährigen Partner als Eigner zu haben.

- ▶ deutscheaircraft.com/products/d328eco
- ▶ ga-europe.com/de/geschaeftsfelder/luftfahrt

Ein neuer Mensch?

Die Herausforderung des Transhumanismus und die Antwort des christlichen Glaubens



KONGRESS im Geistlichen Rüstzentrum Krelingen 29664 Walsrode

04. - 06. April 2025

REFERENTEN

Pastor Dr. Stefan Felber, Dr. Boris Schmidtgall, Prof. Dr. Daniel von Wachter, Daniel Kley, Rel.-päd. Thomas Karker, Stephan und Claudia Kohn, Pfr. Ulrich Parzany

GESAMTPREIS BEI VOLLPENSION zwischen 181,00 € und 221,00 € pro Person

ANMELDUNGEN in Krelingen online unter: www.grz-krelingen.de/veranstaltungen/

zzgl. Kongressgebühr in Höhe von 40,00 €

KONGRESS im Haus Felsengrund 75385 Zavelstein

11. – 13. April 2025

REFERENTEN

Pastor Dr. Stefan Felber, Dr. Boris Schmidtgall, Prof. Dr. Daniel von Wachter, Daniel Kley, Rel.-päd. Thomas Karker, Stephan und Claudia Kohn, Prediger Johann Hesse

GESAMTPREIS BEI VOLLPENSION zwischen 145,00 € und 181,00 € pro Person

zzgl. Kongressgebühr in Höhe von 40,00 €

ANMELDUNGEN im Haus Felsengrund an: info@haus-felsen-grund.de

Nähere Informationen erhalten Sie auf www.gemeindehilfsbund.de

Programme können beim Gemeindehilfsbund angefordert werden:

Mühlenstraße 42, 29664 Walsrode Tel.: 05161/911330

E-Mail: info@gemeindehilfsbund.de www.gemeindehilfsbund.de

